

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 04

Oktober 2013

Jahrgang 42

Geht der Personalabbau weiter?

VOITH-Paper in Strukturkrise?

Zittern um Zukunft: VOITH St. Pölten vor dem Aus?

Nicht nur in Heidenheim, sondern auch europaweit sorgt der Multikonzern VOITH für Schlagzeilen.

Das ehemals von Hans Voith anthroposophisch geführte Unternehmen verlässt endgültig seine soziale Gliederung. Kapitalismus pur. Produktionskrisen werden von den Kapitaleignern und ihren Geschäftsführern wieder auf die Schultern der Beschäftigten gelegt.

Eine Kündigungswelle ist für die VOITH-Manager die schnellste Methode ihre eigenen Versäumnisse auf die Beschäftigten zu übertragen. Bei den Produktparten Paper 240, rund 130 bei Turbo, 20 bei Hydro und etwa 30 bei der Standortdienstleistung, zusammen sind es bei VOITH Heidenheim rund 420 Arbeitsplätze. Der dramatischen Situation in Heidenheim, setzen die VOITH-Herren in St. Pölten, unserer Partnerstadt, eine Schippe drauf. Sankt Pölten zittert um die Zukunft von VOITH. Von den noch verbliebenen 435 Beschäftigten sollen 290 gekündigt werden. Dieser Personalabbau ist einer Massenentlassung gleichzusetzen.

Keine Gleichbehandlung

Was in Heidenheim die Dramatik des Personalabbaus entschärft, soll für die Tochter St. Pölten nicht gelten. Auf eine Standortgarantie und eine Beschäftigungssicherung, ohne betriebsbedingte Kündigungen, will sich die Konzernleitung

einen Arbeitsplatz in Heidenheim anzubieten (HZ 14.09.2013), kann angesichts des Personalabbaus in Heidenheim nur als eine Provokation verstanden werden. Solche Vorschläge verfolgen das Ziel, die Konkurrenz um einen Arbeitsplatz hier in Heidenheim zu verschärfen.



Konzernweiter Standortprotest in Heidenheim 2012

nicht einlassen. Der Personalabbau ist für den St. Pöltener Betriebsrat unverständlich, so die NÖ-Presse. Tatsache ist, dass gegenüber Heidenheim die Fabrikation im Bereich Karton und Verpackung gut im Geschäft ist.

Herrn Sollingers Vorschlag, Beschäftigten von VOITH-St. Pölten

Protest und Widerstand bleibt

Die Beschäftigten der VOITH-Töchter waren zum Protest gegen den Personalabbau in Heidenheim aufgerufen. Die Zustimmung aus der Bevölkerung war groß. Diese Zustimmung gilt es auch an den Konzernstandorten aufrecht zu erhalten. Der in St. Pölten von den Betriebsräten angedachte Widerstand, den Personalabbau an allen Standorten mit Streiks zu beantworten,

bleibt für Arbeiter und Angestellte in abhängiger Beschäftigung das letzte Mittel. Gegen Konzernentscheidungen, die die Grundlagen ihrer Beschäftigung und das Wohl ihrer Familien gefährden, müssen sich zur Wehr setzen dürfen.



Belo Monte Staudamm in Brasilien:

VOITH verstößt gegen Menschenrechte

Am 18. Juni 2013 wandte sich DKP-Stadtrat Reinhard Püschel zum zweiten mal an den Voith-Konzernchef Dr. Hubert Lienhard – bisher noch keine Antwort. Ausgangspunkt diesmal war der Fernseh-Dokumentarfilm „Count-Down am Xingu III“ (14.6.13 Sat 3). Dabei geht es um den Belo Monte Staudamm in Brasilien, dem Drittgrößten der Erde. Neben anderen europäischen Unternehmen wird auch die Firma Voith Hydro von den dort lebenden Indios und Umweltschutzorganisationen angeklagt, ihre Lebensgrundlage im brasilianischen Amazonasbecken zerstören zu wollen. Für den Staudamm soll eine Fläche von über 600 Quadratkilometer geflutet werden, größer als der Bodensee. Über 20 000 Menschen müssten für das Projekt umgesiedelt werden und der Lebensraum der dort wild lebenden Tiere würde zerstört. Das Staudamm-Projekt wird seit den 1980er Jahren von massiven Protesten seitens der Bevölkerung

Brief an die lieben Mitarbeiter*Innen

Klartext vom „Schwarzen Brett“

„Vorwiegend in den deutschsprachigen Standortstädten, wird VOITH seine Kapazitäten zur Bedienung des Neumaschinengeschäftes abbauen, dass es dem europäischen Marktvolumen und der dortigen Nachfrage entspricht“. So in vorgenannter Mitteilung am „Schwarzen Brett“ müssen die Beschäftigten von Paper von einer Halbierung des Geschäftsvolumens ausgehen. Betroffen sind Beschäftigte der Fertigung, Verwaltung und Führungskräfte. Abzusehen ist, dass betriebsbedingte Kündigungen nicht vermieden werden können.

Im Klartext: Das Ziel wird sein, die Paper-

Aktivitäten und die Produktion in außereuropäische Länder zu verlagern. VOITH Konzernchef Lienhard übernimmt ab 2014 den Vorsitz des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Sein erklärtes Ziel ist, die asiatischen Märkte weiter auszubauen.

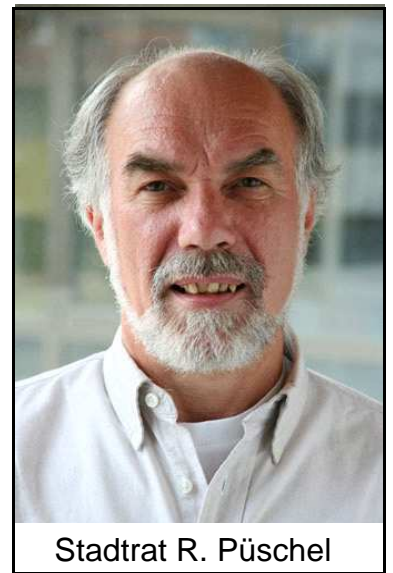
Solche Konzernstrategien, die nicht nur im Arbeiter- sondern auch im Angestelltenbereich tiefe Spuren hinterlassen, werden sich auf die kommunale Infrastruktur auswirken.

Der dramatische Abbau von Arbeitsplätzen in unserer ganzen Region wird weitreichende soziale Folgen haben.



begleitet. Obwohl immer noch Gerichtsverfahren wegen Baugenehmigungen anhängig sind, und sogar zeitweilig ein Baustopp verhängt wurde, wird weiter gebaut. Laut Aussagen der Umweltschutzorganisationen verstoßen die Unternehmen wie Voith Hydro, Daimler, Allianz und Münchner Rück, aber auch andere europäische Unternehmen, gegen ihre menschenrechtliche Verantwortung.

Stadtrat Püschel bittet den Voith-Konzernchef Dr. Lienhard, sich aus dem Projekt zurück zu ziehen.



Stadtrat R. Püschel

Eine erneuerte FDP - oder Rechtspopulisten? Alternative für Deutschland

(Berlin) Nach ihrem Überraschungserfolg bei der Bundestagswahl bereitet sich die neue Rechtspartei "Alternative für Deutschland" (AfD) auf die Europawahl im Mai kommenden Jahres vor. Der AfD, die einem Teil des deutschen Establishments entstammt - demjenigen, der dem heutigen Euro aus ökonomischen Erwägungen ablehnend gegenübersteht -, ist es gelungen, mit Unterstützung rechtslastiger Kreise faktisch mit der FDP gleichzuziehen. Prominente Wirtschaftsvertreter, darunter der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, sind von der FDP zur AfD übergelaufen und versuchen diese quasi als FDP-Nachfolge zu etablieren - auf ein Europa orientierend, das den Euro zumindest in seiner heutigen Form aufgibt und in stärkerem Maß eine nationale Prägung aufweist. Verbunden ist dies - allen anderslautenden Aussagen zum Trotz - mit antidemokratischen Konzepten, die in der AfD Brücken in die äußerste Rechte schlagen.

Quelle: german-foreign-policy 24.09.2013

Anmerkung: Hans-Olaf Henkel, war Vorgänger und Ziehvater von Dr. Rogowski als Präsident im Bundesverband der Deutschen Industrie.

EUROPA-Wahl 2014



Angesichts des dramatischen Abbaus demokratischer Rechte, der umfassenden sozialen Ausgrenzung, der Arbeitslosigkeit insbesondere bei der Jugend und der beängstigenden Entwicklung des Neofaschismus in allen Ländern Europas gewinnt die Europawahl 2014 hier in der BRD europäische Bedeutung.

Die DKP wird auf ihrer Bundesversammlung im Oktober ihre Bundesliste beschließen. Von der DKP Heidenheim wird

Reinhard Püschel vorgeschlagen



Unsere

Krisenberater

Philosophisch, politisch,
strategisch

Sozial is' muss!

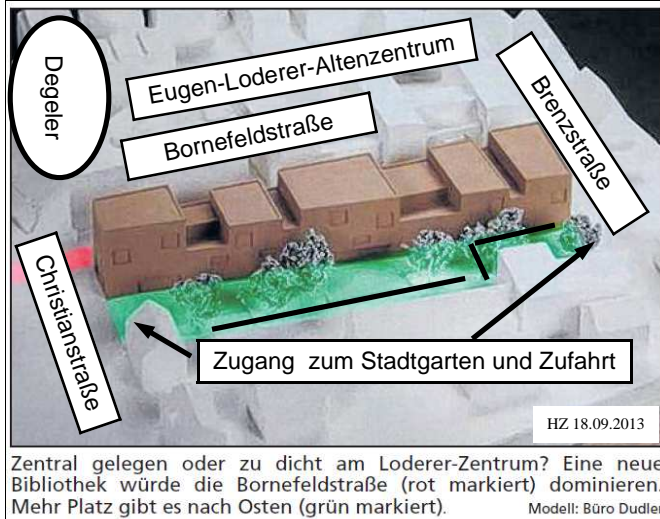


Standort und Architektur überdenken **Stadtbibliothek** Ein-Blick in den Rat

Wenn auch von allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, im Grundsatz, der Bau einer Stadtbibliothek befürwortet wurde, so war in der langen Diskussion ein Ja / Aber deutlich erkennbar.

Die langatmige Debatte machte deutlich, dass verschiedene Faktoren die bereits geschaffene Hochstimmung, trübten. Die Preisträger des Wettbewerbs schafften es mit ihrer Präsentation nicht, die Räte von ihrer städtebaulichen und architektonischen Verbindung des Beton-Klotzes im Brenztal, so Stadtrat Püschel, mit unserem Heidenheimer Wahrzei-

chen Schloss Hellenstein, zu begeistern. Verständlicher, auch ehrlicher wäre gewesen, die städtebauliche Beziehung zum Beton, der rechteckigen, flachen Schuhschachtelarchitektur, zum Rathaus, dem Eugen-Loderer-Altenzentrum, deutlicher noch zu den Wohnsilos auf dem Ploucquet-Areal in Beziehung zu setzen. Verschiedene Räte, auch OB Ilg bemängelte, dass zur Abstimmung keine Alternative möglich sei. Der zweite Preisträger habe seinen Vorschlag aus eigenen Interessen zurückgezogen. Eine Frage an die Räte und an OB Ilg bleibt unbeantwortet. Im Schlusspurt, so HZ-Redaktionsleiter Rupp am 01.08.2013, lagen am Ende



zwei Schweizer, Jean-Lucien Gay und Max Dudler, der Preisträger, vorn. Hätte Max Dudler im Falle des Preisgewinns von Gay seine Bewerbung auch zurückgezogen? Lässt sich hier eine Frühstücksabsprache der beiden Schweizer vermuten?

Deutlich wurde in der Räte-Debatte aber auch, dass OB Ilg in seinen langatmigen und gehemmten Ausführungen, ohne es direkt zu sagen, die Preisvariante zwei des Architekten Gay „favorisierte“. Auch der Fraktionsvorsitzende der CDU Wiedmann bemängelte eine alternative Abstimmung, auch er sprach für Vorschlag zwei.

Wiederholt bedauert und bemängelt wurde von verschiedenen Diskutanten, dass Vorschlag zwei von Jean-Lucien Gay wegen seines persönlichen Rückzugs nicht zur Abstimmung gestanden hatte. Bedauerlich ist auch, dass der Vorschlag vom CDU Fraktionsvorsitzenden Wiedmann, den Vorschlag zwei beim Architekten anzufragen um ihn wieder ins Rennen zu nehmen, mit dem stereotypen Hin-

weis, er habe ja selbst zurückgezogen, von OB Ilg abgewiesen wurde.

Noch sollte das letzte Wort nicht gesprochen sein. Dem Vorschlag des CDU Fraktionsvorsitzenden Wiedmann, der nicht nur die beiden Siegerentwürfe, sondern auch den Standort in Frage stellte, kann zugestimmt werden. Der städtebaulichen Bedeutung wegen sollte auch der Standort z.B. die Fläche nördlich der Christianstraße, Stadtwaage, Landeszentralbank, Kreissparkasse bis zur Brenzstraße einbezogen werden. Noch darf das letzte Wort nicht gesprochen sein. Denn aus Steuergeldern wird bezahlt. ★

Vom Denkmal zum Mahnmal Rommel-Monument umgestalten - oder?

Vom totalen Abriss über eine Umgestaltung bis zu einem Mahnmal neben dem Denkmal reichten die Ideen, die den Gemeinderäten gegen dieses Nazikriegsverherrlichenden Schandmal bekannt waren.

Dass für den Hitlerverehrer, Generalfeldmarschall Rommel, im November 1961 von den Militaristen des Afrikakorps auf städtischem Gelände initiierte „Denkmal“, muss verschwinden, oder zumin-



dest nach neuen historischen Tatsachen zu einem Mahnmal gegen Faschismus und Krieg verändert werden.

Zwei Fraktionen im Rat insbesondere die CDU taten sich schwer mit der Aufarbeitung der Vergangenheit. Adenauer (CDU), der den Naziverbrecher Globke damals als Staatssekretär im Kanzleramt beschäftigte und Filbinger der fürchterliche Nazi-Marinestabsrichter der 1961 als CDU Innenminister unter dem CDU Ministerpräsident Kiesinger, der von der Antifaschistin Beate Klarsfeld wegen seiner Nazivergangenheit geohrfeigt wurde, waren bei der Einweihung des Rommel-Schandmals die politischen Paten.

„Der Gemeinderat ist nicht das Gremium, dass über Rommels geschichtliche Rolle urteilt“, so der Fraktionsvorsitzende Wiedmann. Abwehrend, aber im Bewusstsein, dass 1961 der Gemeinderat die städt. Schafweide per „Beschluss“ den Afrikakorps-Militaristen für ein „Denkmal“ ihres Befehlshabers zur Verfügung stellte, negiert er heute die Zuständigkeit des Kommunalparlaments. Gab es zu dieser Flächenüberlassung überhaupt einen Gemeinderatsbeschluss? Auch der Freie Wähler „Immobilienrat“ Ulrich Grath zeigte sich befremdet. „Es sei nicht die Aufgabe des Gemeinderats und der Stadtverwaltung sich an dieser Diskussion zu beteiligen“, so der Fraktionsvorsitzende. Klar, da es sich in der Tat um keine Wohnungsimmoblie handelt, ist es für die Freien Wähler keine kommunale Angelegenheit. Im Übrigen müssten diejenigen gefragt werden die es aufgebaut haben. So einfach für die Freien Wähler. OB Ilg war sichtlich bemüht einen Konsens herbeizuführen. Das Urheberrecht könne aber nicht angetastet werden. Der Stadt bleibt es selbstverständlich vorbehalten das Denkmal komplett abzubauen, weil es in ihrem Besitz ist, oder wie es von OB Ilg vorgeschlagen wurde, das Gelände neben dem „Denkmal“ für eine andere Form des Denk- oder Mahnmals zur Verfügung zu stellen. Die Debatte im Gemeinderat wird niemandem gerecht. Weder dem Urheber des Denkmals noch seinem Besitzer. So wie man für den Widerstandskämpfer Georg Elser nach Jahrzehnten des Schweigens den Mut gefunden hat, ein Denkmal zu setzen, stünde es auch dem Gemeinderat gut an, sich zum Abbau des Denkmals für den Feldmarschall Rommel durchzusetzen. ★

Zur Mahnung und Erinnerung Fünf neue Stolpersteine

Sieben dieser Steine wurden bereits für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger 2006 verlegt. Im September 2013 wurde an fünf Männer erinnert, die aus politischen Motiven durch die Nazis in verschiedenen Konzentrationslagern ermordet wurden. An den Gewerkschaftssekretär der Heidenheimer TabakarbeiterInnen und Sozialdemokrat Heinrich-Talmon Gros, im KZ Dachau. An August Joos, wegen „wehrkraftzeretzender Äußerungen und Feindbegünstigung“ im KZ Desau-Rosslau. An Ernst Maier im KZ Flossenbürg. An Heinrich Weiß wegen „wehrkraftzeretzender Äußerungen“ und weil er sich weigerte den Vereinsvorsitz des Heidenheimer Luftbadevereins auf Anweisung der Heidenheimer Nazis abzutreten, im KZ Buchenwald.

Auch Ludwig Kentner, (siehe Bild oben) in München am 28.03.1885 geboren, der bei VOITH von 1899-1904 Modellschreiber gelernt hat, und danach auf Wanderschaft war. Zeugnis seiner politischen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg war die Tatsache, dass

er sich bereits 1918/1919 der neu konstituierten Deutschen Kommunistischen Partei anschloss. Er war sofort der 1. Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe Heidenheim. Bereits 1920 kandidierte er bei den Landtagswahlen für die KPD. Kentner organisierte für die Erwerbslosen Protestmärsche und gründete eine Heidenheimer Sektion für Erwerblose und Notstandsarbeiter für die er als KPD-Mann kommunalpolitisch mit Protestmärschen vors Rathaus und mit Anträgen an den Gemeinderat hervortrat. Wegen seiner aktiven Beteiligung am „Heidenheimer-Kirschen-Krieg“, ein Bürgerprotest gegen

die große Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger und Preiserhöhungen bei gleichzeitiger galoppierender Geldentwertung, wurde Kentner in mehreren Gerichtsverfahren vor dem Landgericht Ellwangen zu Freiheitsstrafen von insgesamt 3 Jahren und 2 Monaten verurteilt.

Die Naziartei trat in HDH erstmals am 20. Mai 1928 bei den Reichstags- und Landtagswahlen in Erscheinung. Trotz alledem konnte die KPD 1928 bei den Gemeinderatswahlen ein Mandat und 1931 zwei Mandate durchsetzen. Bei den Reichstagswahlen am 05.

April 1933 lag in Heidenheim die Naziartei im Reichstrend, die SPD an zweiter, die KPD an dritter Stelle. Auch hier in Heidenheim musste der Widerstand gegen den Hitlerfaschismus gebrochen werden. Ab April 1933 wurden eine Vielzahl Männer verhaftet und im KZ Heuberg in Stetten Kalter Markt oder auf dem Oberen Kuhberg in Ulm inhaftiert. Unter ihnen auch Ludwig Kentner. Er war von April bis Juli 1933 im KZ Heuberg und danach bis März 1934 im KZ Oberer Kuhberg inhaftiert. Er war als politischer Häftling mit

dem „Roten Winkel“ als wehrunwürdig registriert.

Genau am 1. September 1939, dem Tag des Überfalls der Deutschen Wehrmacht auf Polen, wurde Kentner erneut verhaftet und eingesperrt. Am 26. September 1939 wurde er in das KZ Buchenwald eingeliefert. Er wurde am 24. Februar 1944 ermordet.

Die in Heidenheim verlegten „Stolpersteine“ sind nicht nur als Gedenksteine gedacht, sondern müssen für die Gegenwart als Mahnsteine, als Handlungsanweisungen gegen Faschismus, Fremdenfeindlichkeit und Krieg verstanden werden.



DKP Altstadtrat Huber im Gespräch mit einer Zeitzeugin (Mitte), die als Kind aus der Nachbarschaft, oftmals insbesondere mit der Ehefrau Maria Kentner im Garten zu Besuch war.

Meldungen

Quelle:antifa 09/10 2013

Täglich Straftaten

Täglich gibt es in Deutschland 45 Straftaten mit rechtem Hintergrund, davon zwei bis drei gewalttätig. Das erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, bei der Vorstellung eines »Masterplan«, mit dem die SPD verstärkt gegen Rassismus und Neonazismus vorgehen will.

Über 200 Haftbefehle

Über 200 Neonazis werden per Haftbefehl gesucht. Stand: August 2013. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf Anfragen der Linksfraktion hervor. Die Angaben sind allerdings abweichend und ungenau, weil die Erfassungskriterien der Landeskriminalämter unterschiedlich sind. Das soll geändert werden.

Für Euthanasie-Opfer

Ein Denkmal für die Opfer der nazistischen Euthanasie-Verbrechen entsteht in Berlin in der Tiergartenstraße 4, wo sich die Organisationszentrale der Naziverbrechen an Behinderten befand. In Europa wurden während der Nazierrschaft über 300.000 Behinderte umgebracht. Bis in die achtziger Jahre gingen die Täter straffrei aus oder wurden in den wenigen Fällen von Anklagen freigesprochen. Das 1933 erlassene »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, das die Nazis für ihre Verbrechen nutzten, blieb in der Bundesrepublik bis 1974 in Kraft und wurde erst 1988 vom Bundestag geächtet.

Staatlicher Rassismus

Beklagt haben die Anwälte der Nebenkläger im Münchner NSU-Prozess, dass im Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages ausgeblendet werde, »dass das systematische Versagen der Ermittlungsbehörden auf institutionellem Rassismus beruht«. Die Anwälte fordern in zehn Punkten Maßnahmen, die diesem institutionellen Rassismus entgegenwirken. Dazu gehöre auch die Abschaffung des V-Mann-Systems, das rechtsradikale Entwicklungen fördere statt verhindere.

Volksverhetzung

Die Verurteilung des langjährigen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt wegen Volksverhetzung ist rechtskräftig geworden. Der Bundesgerichtshof bestätigte in letzter Instanz das Urteil.

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen

Göppinger Straße der Demokratie

Gegen den Naziaufmarsch 12. Oktober 2013
Auftrittkundgebung Marktplatz 10:00 Uhr
in der Marktstraße ab 12:00 Uhr

